

# Die Landfrage in Südafrika ist ungelöst

*Die Regierung von Nelson Mandela wollte 1994 innerhalb von fünf Jahren dreißig Prozent des Agrarlandes an die schwarze Bevölkerungsmehrheit umverteilen. Davon kann heute keine Rede mehr sein: Die Landreform in Südafrika kommt kaum voran.*

Seit dem 17. Jahrhundert war die Enteignung der einheimischen schwarzen Bevölkerung durch weiße Siedler entscheidend für den Aufbau einer rassistisch polarisierten, ungleichen Gesellschaft. Zwischen 1948 und 1990 siedelte die Apartheid-Regierung Millionen Schwarzer auf dem Land und in den Städten um mit dem Ziel, nach Rassen getrennte Zonen und ethnisch definierte „Homelands“ zu schaffen. Viele der Betroffenen verloren produktives Land, und die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die ländlichen Haushalten das Überleben gesichert hatte, wurde geschwächt. Dagegen wurden weiße kommerzielle Farmen aufgebaut und subventioniert und dadurch im Lauf der Zeit hochproduktiv. Das Erbe dieser Vergangenheit ist eine große Bitterkeit unter schwarzen Südafrikanern; der Wunsch nach Rückgabe von Land an seine rechtmäßigen Besitzer ist stark.



*Weißer Farmer in Verteidigungsstellung*

Als 1994 Nelson Mandela nach den ersten demokratischen Wahlen an die Macht gekommen war, wurde der Landreform hohe Priorität beigegeben. Doch bis heute wurde noch nicht viel erreicht. Das liegt auch daran, dass das südafrikanische Landreform-Programm sehr ambitioniert ist. Erstens sollen Familien entschädigt werden, die nach 1913 enteignet wurden. Damals war das erste Landgesetz in Kraft getreten, das Enteignungen im großen Stil legalisierte. Zweitens soll durch Umverteilung der ungleiche Landbesitz entlang rassistischer Grenzen korrigiert werden. Und drittens soll eine Reform der Pachtverhältnisse die Rechte all jener stärken, deren Lage als Pächter aufgrund diskriminierender Gesetze und Praktiken aus der Vergangenheit unsicher ist. Landarbeiter, die auf Land in Privatbesitz weißer Pachtherren wohnen

(und damit, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren auch das Wohnrecht einbüßen), sowie Menschen, die in früheren Homelands auf kommunalem Land unter der Autorität traditioneller Chiefs leben.

Das Gesetz sieht vor, dass die Opfer gewaltsamer Vertreibungen entweder ihre Landrechte zurückhalten oder aber finanziell entschädigt werden. Bis 1998 wurden fast 80.000 Anträge eingereicht, 82 % davon betreffen städtischen Grundbesitz. Bei den knapp 15.000 Anträgen, die ländlichen Grund und Boden betreffen, geht es aber um viel größere Gebiete und um viel mehr Betroffene - etwa 1,4 Millionen Menschen. Wird ein Rückgabeantrag bestätigt, handelt die Regierung mit dem Landbesitzer einen Kaufpreis aus. Der Antragsteller wiederum muss in einem Geschäftsplan darlegen, wie er das Land nutzen will.

Auf die Umverteilung von Land besteht dagegen kein Rechtsanspruch. Wer Land will, muss bei der Regierung einen Zuschuss beantragen. Damit werden Höfe gekauft, die „willige Verkäufer“ anbieten. Enteignungen im öffentlichen Interesse, zu dem laut der Verfassung auch die Landreform zählt, sind zwar möglich, aber nur gegen Entschädigung. Bislang wurde eher wenig Land enteignet, um es umzuverteilen.

Ein wichtiger Teil der Landreform besteht darin, den neuen Besitzern dabei zu helfen, ihr Land produktiv zu nutzen. Das ist besonders wichtig für die Armutsreduzierung und um die Sorge zu entkräften, die Landreform könnte die Produktion für lokale Märkte und für den Export schwächen. Die Unterstützung für Bauern umfasst Kredite, Produktionsmittel wie Dünger und Pestizide, Bewässerung, Hilfe bei der Vermarktung, Information und Training. Letzteres ist entscheidend, da während der Apartheid viele landwirtschaftliche Kenntnisse verloren gegangen sind.

Das ursprüngliche Ziel der Regierung Mandela, innerhalb von fünf Jahren dreißig Prozent des Agrarlandes aus weißem Privatbesitz umzuverteilen, erwies sich als völlig unrealistisch. Es gab von Anfang an nur sehr kleine Fortschritte. Die Regierung von Thabo Mbeki verschob deshalb das Ziel auf die Umverteilung von dreißig Prozent des Landes auf 2014. Bis 2008 wurden rund fünf Prozent des kommerziell bewirtschafteten Landes - insgesamt 5,8 Millionen Hektar - an Schwarze zurückgegeben.

Ernst

(nach einem Artikel von Ben Cousins,  
WELT-SICHTEN 3 / 2009)